

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Verlagsanmeldungs-erz. nach Post 25 Pf. — Bezugsstellenpreise werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sitzlich in Bochum, Blumenhauer Straße 38-42, Telefon-Nr. 93 u. 89, Telegr.-Nr.: Mittelband Bochum.

An unsere Verbandsmitglieder!

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit entsprechend den Bestimmungen der §§ 69 und 70 unseres Verbandsstatuts die

21. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 15. Juni 1919 und folgende Tage in den Stadiparksaal in Bochum ein. (Die Stunde des Beginns wird später bekannt gegeben.)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Änderung des Verbandsstatuts.
4. Geschäftsbericht:
 - a) Allgemeines;
 - b) Die Entwicklung des Verbandes;
 - c) Stellenbericht;
 - d) Bericht der Redaktion;
 - e) Bericht des Kontrollausschusses.
5. Demokratie und Sozialismus im Bergbau.
6. Der Gewerkschaftskongress und Wahl der Delegierten.
7. Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
8. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
9. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Nach § 70 unseres Statuts entfällt auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter. Als Grundlage für die Wahlbezirkseinteilung kommt die Mitgliederzahl vom 31. Dezember 1918 in Frage. Die Bezirksleiter sind gebeten, uns die Wahlbezirkseinteilung bis zum 15. März 1919 zu übermitteln.

Die Wahl der Delegierten erfolgt am Sonntag, den 4. Mai 1919, nach den Bestimmungen des Wahlreglements, welches sobald als möglich veröffentlicht wird.

Als Delegierte können nur solche Mitglieder gewählt werden, die dem Verbandsmitglied seit zwei Jahre angehören.

Außer den Delegierten haben an der Generalversammlung teilzunehmen: die Mitglieder des Gesamtvorstandes, des Kontroll- und Aktionsausschusses und die Redakteure unserer Verbandsorgane.

Das vom Vorstandsvorstand ausgearbeitete Verbandsstatut wird in den nächsten Nummern der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.

Anträge zur Generalversammlung können laut § 69 Abs. 5 unseres Verbandsstatuts nur durch den Vorstand und die Mitglieder der Verbandsorgane resp. Kongressen gestellt werden. Etwasige Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens 29. April 1919 bei uns eingegangen sein. Die Anträge müssen getrennt von sonstigen Mitteilungen eingeleitet werden. Bei der Einbringung der Anträge muß angegeben werden, welche Stelle dieselben stellt und an welchem Tage die Anträge in der Mitgliederversammlung zur Annahme gelangen. Die eingeleiteten Anträge werden dann von uns veröffentlicht und den Leitungsorganen der Generalversammlung in einer besonderen Vorlage vorgelegt. Anträge, welche jedoch nach dem 29. April 1919 bei uns einlaufen, können nicht mehr veröffentlicht werden.

Mit Glück auf!
Der Vorstand. J. A. S. Sachse.

Unsere Vertrauensleute gegen Spartakus.

Am 2. Februar fanden in Bochum und Dortmund und am 4. Februar in Essen Vertrauensleute-Konferenzen statt, an denen alle Vertrauensleute unseres Verbandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet teilnahmen, um zu den planlosen Sozialisierungsmassnahmen, den wilden Streiks sowie den Arbeiterausschuss- oder Räte-Wahlen Stellung zu nehmen. In der Bochumer Konferenz nahmen teil die Vertrauensleute der Bezirke Bochum, Gelsenkirchen, Linden-Gröttingen und Recklinghausen, an der Dortmunder Konferenz die Vertrauensleute der Bezirke Dortmund, Castrop, Eschlinghofen, Hamm und Lünen, an der Essener Konferenz die Vertrauensleute der Bezirke Essen-Ost und Essen-West, Gladbeck und Oberhausen. Nach vielstündigen eingehenden Verhandlungen wurde in allen Konferenzen folgende Entschliessung angenommen:

„Die Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stimmen darin überein, daß die Sozialisierung der Bergwerke erstrebt werden muß. Der Sozialisierung muß aber naturgemäß die Demokratisierung der Betriebe vorausgehen. Eine Sozialisierung von heute auf morgen, ohne daß die nötigen Vorbedingungen dazu erfüllt sind, würde besonders in jetziger Zeit ein Verhängnis sein, das ungeheuren Schaden für ganz Deutschland heraufbeschwären würde. Die Vertrauensleute erkennen an, daß gerade durch die Gewerkschaftsarbeit die Demokratisierung der Betriebe seit Jahrzehnten erstrebt wurde und auch allein durch sie erreicht werden kann. In dies geschehen und das Wirtschaftslieben, in ruhiger Bahnen gefeiert, dann ist der Weg frei zur Sozialisierung der Betriebe. Die Vertrauensleute vertreten ganz entschieden die in letzter Zeit von gewissenlosen Seiten gegen die Gewerkschaften und ihre Führer entfachte Hege und geloben auch weiterhin für die Stärkung ihrer Organisation einzutreten, da sie wohl wissen, daß die heute große Reden fahrenden Schreier und unorganisierten Stützen der Reaktion den Arbeitern nicht helfen, sondern sie nur ins Elend führen werden. Die Vertrauensleute erklären ferner, daß die wilden Streiks unterbleiben und alle Streitfragen, Wünsche und Beschwerden auf dem Verhandlungswege erledigt werden müssen.“

Diese Entschliessung wurde in Bochum und Dortmund einstimmig, in Essen gegen eine Stimme angenommen. Außerdem wurde überall einstimmig beschlossen, sich an den Arbeiterausschuss- oder Räte-Wahlen zu beteiligen, welche demnächst laut Verordnung der Reichsregierung vom 18. Jan. 1919 auf Grund des Verhältniswahlgesetzes stattfinden. Das ist eine entscheidende Abgabe an Spartakus. Was in der Entschliessung über die Demokratisierung und Sozialisierung gesagt wird, richtet sich gegen die planlosen spartakistischen Sozialisierungsmassnahmen, welche nur geeignet sind, unser Volkswirtschaftsleben völlig zu zerstören und seinen Aufbau unmöglich zu machen. Durch die Beteiligung

an den Arbeiterausschuss- oder Räte-Wahlen nach dem Verhältniswahlgesetz stellen sich unsere Vertrauensleute auf den gesetzlichen Boden der Verordnung der Reichsregierung und damit in bewußten Gegensatz zu Spartakus. Die von Spartakus entfachte Hege gegen die Gewerkschaften und ihre Führer wird als gewissenlos bezeichnet und ganz entschieden verurteilt. Weiter wenden sich unsere Vertrauensleute gegen die wilden Streiks und erklären, daß sie unterbleiben und alle Streitfragen Wünsche und Beschwerden auf dem Verhandlungswege erledigt werden müssen.

Die Spartakusmethoden sind also in jeder Beziehung verurteilt und abgelehnt worden. Zu klar zeigte sich aber auch aus den ganzen Verhandlungen, daß die wilden Streiks und die planlose Sozialisierung Spartakus nur Mittel zum Zweck sind, um Werraar zu schaffen und dadurch sein wirkliches Ziel zu erreichen: den Bolschewismus. Die Schilderungen unserer Vertrauensleute über die Vorgänge besonders in Buer, Gladbeck, Hamborn, Oberhausen, Osterfeld usw. lassen keinen Zweifel darüber, daß alles nur auf gewalttätigen Umsturz und Zerstörung hinausläuft. Spartakus will:

1. Beseitigung der sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann;
2. Einführung einer proletarischen Klassenherrschaft;
3. Beseitigung der Gewerkschaften durch das Rätekönigtum.

Um das zu erreichen, wird jedes Mittel angewandt. Darum werden die wilden Streiks mit Hilfe bewaffneter Vandalen eingeleitet, die planlosen Sozialisierungsmassnahmen auf einzelnen Betrieben vorgenommen, ehrliche und aufrechte Verbandsführer vergewaltigt und mißhandelt, die Verbandsführer in der öffentlichen Meinung beschimpft, und jeder ordnungsmäßige Aufbau unseres Volkswirtschaftslebens unterbunden. Spartakus will die Katastrophe, er will alles vernichten, um dann nach seinen Ideen neu aufbauen zu können. Darum wird auch gefordert: „Die Bergwerke den Bergarbeitern“, obwohl das keine Sozialisierung, sondern weit eher das Gegenteil davon ist. Ebenso könnte man ja auch fordern: die Landwirtschaft den Landarbeitern, die Fabriken den Fabrikarbeitern, die Bauunternehmungen den Bauarbeitern, die Buchdruckereien den Buchdruckern, die Schifffahrt den Seeleuten, die Eisenbahnen den Eisenbahnern, die Straßenbahnen den Straßenbahnern, die Post den Postangestellten usw. Wo würde das hinführen?

Aber danach fragt Spartakus nicht, wenn er nur sein Ziel: die Beseitigung der mehrheitssozialistischen Regierung, die Einführung der bolschewistischen Klassenherrschaft und die Beseitigung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, erreicht. Das hat sich aus den Berichten unserer Vertrauensleute über den selbstmörderischen spartakistischen Treiben mit aller Klarheit ergeben. Aber ebenso klar haben unsere Vertrauensleute ausgesprochen, daß sie da nicht mitmachen und vor allem ihre gewerkschaftliche Organisation nicht zertrümmern lassen. Jahrzehntelang haben wir unter großen Opfern unsere gewerkschaftliche Organisation auf- und ausgebaut. Sie bildet die gewaltige Grundlage, auf der jetzt alles beruht. Sie ist notwendig, um die Vorbedingung der Sozialisierung, die reifliche Demokratisierung der Bergwerksbetriebe durchzuführen und dauernd zu sichern.

Es wurde allgemein als selbstverständlich betrachtet, daß der Spartakusbund mit dem Sozialisierungsbeschluss auch zugleich seinen Sozialisierungsplan herausbringen mußte. Man laßt doch keinen Beschluss, ohne daß der Plan zu seiner Durchführung gemacht ist. Ein solcher Beschluss hinge ja von vornherein in der Luft. Nach den Berichten einiger Vertrauensleute ist Spartakus denn auch nach dem Sozialisierungsplan gefragt worden und er hat denselben wie folgt entwickelt: „Die Bergwerke den Bergarbeitern. Mit der Übernahme der Betriebe durch die Bergarbeiter werden zunächst die Betriebsdirektoren überflüssig und sie können entlassen werden, wenn sie nicht die Kohlenbadeschwimmen wollen. Die Bergarbeiter arbeiten sich nun in die technischen und kaufmännische Betriebsführung allmählich ein. Dadurch werden nach und nach alle Beamten überflüssig und sie können entlassen werden, wenn sie nicht ebenfalls die Kohlenbadeschwimmen wollen.“ So sieht der Sozialisierungsplan von Spartakus aus. Ganz Spartakus!

In der Sitzung des Essener A. u. S.-Rats am 8. Jan. 1919 wurde unseren Verbandsvertretern von den Führern des Spartakusbundes mitgeteilt, der Spartakusbund habe beschlossen, die sofortige Sozialisierung der Bergwerke durchzuführen und dieselbe eventuell durch einen Streik aller Bergarbeiter zu erzwingen. Falls sie sich dieser Sozialisierung entgegenstellten, setzten sie Offiziere ohne Soldaten über die die Masse hinweggehen würde. Die Vertrauensleute-Konferenzen unseres Verbandes haben aber ein wesentlich anderes Bild gezeigt. Danach stehen Verhandlung und Vertrauensleute einig zusammen gegen Spartakus. Zu den wilden Streiks sind die meisten Bergarbeiter durch die reise, vor nichts zurückweichenden Gewalttätigkeit der Spartakus-Anhänger gezwungen worden. Nach den diesbezüglichen Verhandlungen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Vertrauensleute und Mitarbeiter nicht geneigt sind, sich noch länger dieser Gewalttätigkeit zu fügen.

Dritte Konferenz der A. u. S.-Räte.

Nach die dritte Konferenz der A. u. S.-Räte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die am 6. Februar wiederum im Städtischen Saalbau in Essen tagte, hat uns in der Frage der Sozialisierung des Bergbaues nicht vorwärts gebracht. Die schon in der ersten Konferenz eingesetzte Neuerkommission berichtete, daß sich ihre ganze Tätigkeit bisher in Schlichtung von Streitigkeiten auf den einzelnen Betrieben und in der Beilegung von wilden Streiks erschöpfte. Für die eigentliche Sozialisierungsarbeit sei keine Zeit übrig geblieben. In der Konferenz selbst wurden wieder viele triviale Reden gehalten, die grundlegenden Fragen der Sozialisierung aber nicht einmal berührt, geschweige denn erörtert. Das ist im Interesse der Sache sehr zu bedauern.

Wir haben schon in der ersten Konferenz geltend gemacht, daß nur Durchberatung und Durchführung der Sozialisierung ein Streik von äußerem Notwendigkeit sei. Diese wurden sich nicht tagelange in triviale Reden erschöpfen, sondern gleich gefragt haben: Wie überführen wir den Bergbau in den gemeinsamen Besitz? Wie stellen wir den Wert der Bergwerke

und ihrer Einrichtungen fest? Wie lösen wir das ausländische Kapital ab? Wie lösen wir das sonstige Kapital ab? Wie lösen wir die Sparfassen, Gemeinden und die vielen kleinen Sparcer ab, die ihr Geld in Kugeln oder Aktien angelegt haben? Wie sichern wir uns die Betriebsmittel zur Weiterführung der Betriebe? Wie sichern wir die Betriebe und Betriebsmittel vor Raub und Sabotage? Wie bleiben wir wettbewerbsfähig gegenüber dem Ausland? Wie schaffen wir den sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich?

Aus der großen Zahl von Fragen, die bei der Sozialisierung geklärt und erledigt werden müssen, sind das nur wenige. Aber keine dieser Fragen ist bisher auch nur erörtert worden. In der letzten Konferenz wurde die Neuerkommission lediglich vergrößert durch Zuwahl des minderheitssozialistischen Schriftstellers K a r s t i als wirtschaftlicher und journalistischer Sekretär. Außerdem wurden in einer Entschliessung folgende Forderungen erhoben:

„Anerkennung der Neuerkommission durch die Regierung. Finanzregelung durch Angliederung an eine staatliche Verwaltungsbehörde. Durchführung des Betriebsabbaus nach der besten wirtschaftlichen Mahordnung. Kontrolle der Bergwerke und Bergwerksbetriebe durch eine einzusetzende Unterausschüsse. Gesetzesbestimmungen, die eine solche Kontrolle privater Gesellschaften verbieten, müssen sofort entsprechend abgeändert werden.“

Ferner beschloß die Konferenz, die Regierung zu ersuchen, bis zum 15. Februar die Neuerkommission mit allen ihr von der Konferenz zugewiesenen Rechten anzuerkennen und demgemäß Vollmachten auszustellen, andernfalls sich die Arbeiter gezwungen sehen, in den Generalstreik zu treten. Die Konferenz protestierte ferner gegen erneute weitere Zusammenziehung von Militär im Industriegebiet. Sie erblickt darin eine Zerstörung der Ruhe und Ordnung. Die Bergarbeiter aus Mitteldeutschland treten mit der Neuerkommission in enge Verbindung durch eine Kommission von drei Mitgliedern. Ferner wurde beschlossen, erneut an die Regierung mit der Forderung heranzutreten, den Lohnausfall durch Streiks bis einschließlich 13. Januar zu erleichtern.

Gegen die Behinderer der Sozialisierung sowohl aus Arbeiter, wie aus Beamten, und Werkbesitzerkreisen soll mit erhöhter Schärfe vorgegangen werden. Die Betriebsführer sollen eventuell in Haft genommen werden. So muß aber nicht nur gegen die Werkbesitzer und ihre Beamten vorgegangen werden, welche die Wahlen usw. verhindern, sondern auch gegen die Spartakisten, welche von Seite zu Seite stehen und die Arbeiter entweder mit Gewaltmitteln zu wilden Streiks zwingen oder ihre Einfahrt verhindern. Wenn das geschieht, werden die wilden Streiks sofort aufhören.

Wir vermögen weder in diesen Beschlüssen noch in dem Rätekönigtum eine Sozialisierung zu erblicken. Es handelt sich bei der Sozialisierung um die Aufrichtung eines ganz neuen Wirtschaftssystems auf gesellschaftlicher Grundlage, das zu dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in direktem Gegensatz steht. Die Sozialisierung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, um die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen und einen sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich herbeizuführen. Vorbedingung ist die reifliche Demokratisierung der Betriebe, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten erstrebt wurde und allein durchgeföhrt werden kann. Die Gewerkschaften müssen die Träger der Sozialisierung sein, wenn nicht von vornherein alles in Frage gestellt sein soll.

Aber da gehen die Meinungen auseinander. Die Gewerkschaften sollen nach sozialistischen Rezepten durch das Rätekönigtum abgelöst werden, weil sie sich angeblich überlebt haben sollen. Das wurde auf der letzten Konferenz auch von einem Diplomaten K a n t h aus Halle ausgesprochen, der, ebenso wie K a r s t i, von den Minderheitssozialisten und Spartakisten herangezogen war. Kantth erklärte ausdrücklich, die Gewerkschaften hätten sich überlebt und müßten durch das Rätekönigtum abgelöst werden, fand aber in der Konferenz fast allgemeinen Widerspruch. Ferner erklärte er, es sei klar, daß bei der Sozialisierung zahlreiche Beamte verschwinden müßten.

Was Kantth sagte, stimmt mit dem überein, was wir auch sonst von Minderheitssozialisten und Spartakisten hören. Die gewerkschaftlichen Organisationen, denen der Aufstieg der Arbeiterklasse hauptsächlich zu verdanken ist, die unter ungeheuren Opfern in Jahrzehnten auf- und ausgebaut wurden, sollen einfach verschwinden und einem Rätekönigtum Platz machen, das aus sich selbst heraus gar nicht befähigt ist, auch nur die Demokratisierung reiflich durchzuführen und zu gewährleisten, geschweige denn als Träger der Sozialisierung selbst zu dienen. Das Rätekönigtum kann nur als Organ der Gewerkschaften lebensfähig sein und aufbauend wirken. Ohne die Gewerkschaften fehlt ihnen jede Grundlage und jeder Zusammenhalt.

Jeder einigermassen gesunkene Gewerkschaftler, Politiker und Volkswirtschaftler muß das wissen. Und wer das nicht weiß, soll an so schwierige Probleme wie die Sozialisierung nicht herangehen, weil er dabei nur Fehrentwürfe leisten kann. Wir könnten mit der Sozialisierung schon viel weiter sein, wenn nur ausserlesene Sachkenner mit der Durchberatung und Durchführung betraut würden. Wir sind, wie Kantth, dafür, daß die Sozialisierung so schnell als möglich durchgeführt wird. Daran kann kein Zweifel bestehen. Man kämft doch nicht jahrzehntelang für ein Ziel, um es aufzugeben, wenn es erreichbar ist! Selbst die Führer der christlichen Gewerkschaften, Wiebers und P o g e l l a n g, haben sich in der ersten Konferenz für die Sozialisierung erklärt. Bei dieser grundsätzlichen Übereinstimmung könnten wir schon viel weiter sein, wenn besonders von spartakistischer Seite nicht ein Ziel verfolgt würde, das mit der Sozialisierung in Verbindung gebracht wird, obwohl es damit nichts zu tun hat: Beseitigung der jetzigen Regierung, Aufrichtung einer proletarischen Klassenherrschaft und Beseitigung der Gewerkschaften.

Nicht einmal die Bestimmungen über die Tätigkeit der Streikerevier- und Redneräte sind beraten und erledigt worden, obwohl die Konferenz von morgens 10 bis abends gegen 7 1/2 Uhr tagte. Das soll durch die Neuerkommission gelassen. Ein Antrag bezüglich der Auswahlwahlen gelangte nicht zur Abstimmung, sondern wurde ebenfalls der Neuerkommission überwiesen. Die Arbeiterausschusswahlen finden mithin statt und es ist notwendig, daß sich unsere Verbandsmitglieder überall daran beteiligen.

Obwohl wir seit Bestehen unseres Verbandes für die Sozialisierung einstritten sind, wurde uns am 8. Nov. von S a r m e r

und König erklärt, daß der Spartakusbund die Sozialisierung eventuell durch einen Streik der Bergarbeiter erzwingen wolle.

Sollen wir zugrunde gehen?

Der Volksbeauftragte Rudolf Wissell schreibt treffend: Als einen Lärm mehr hinterließen uns die alten Machthaber unser Vaterland.

Unsere Vorräte sind erschöpft, der Boden gibt nicht mehr, was er früher gab, die Industrie hat keine Rohstoffe, die Verkehrsmittel, Wagen und Lokomotiven, sind nicht mehr leistungsfähig.

Unsere Volkswirtschaft leidet nach Arbeit. Eisenbahnmateriale, Straßen, Schiffe bedürfen der Erneuerung und Vergrößerung.

Täglich erleben wir neue Streiks, Demonstrationen, Unruhen und Unrat in den Straßen, Millionen von Arbeitsstunden verlieren wir täglich.

Schon wird das Ausland gegen uns mißtrauisch. In der Schweiz und in Dänemark sind unsere Großbanken die Kredite gekündigt worden.

Und bei alledem in den Großstädten Hunderttausende von Arbeitslosen. Unzählige werden aus Grund der Erwerbslosenfürsorge mit verhältnismäßig hohen Summen unterstützt.

Seule müssen wir der Arbeiterchaft zurufen: Nur die Arbeit kann uns vor dem unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahren.

Die Revolutionserfolge sind in Gefahr, wenn nicht jeder einzelne produktive Arbeiter leistet.

Die Sozialisierung der Betriebe soll — muß in eurem Interesse durchgeführt werden. Sie kann nicht gelingen, wenn ihre Rentabilität, ja ihre Existenz in Frage gestellt wird.

Soll unser Wirtschaftsleben wieder gerunden, so müssen wir mehr arbeiten — wir arbeiten heute weniger.

Wir müssen billiger arbeiten — wir arbeiten teurer. Jeder Arbeiter trägt heute eine riesenhafte Verantwortung.

Nur Arbeit kann uns retten, sonst brechen wir zusammen!

Wir können so allerdings dem Kapitalismus im eigenen Lande den Garaus machen. Denkt ihr aber auch daran, daß ihr selbst dabei verarmt, eure Kinder und Kindeskinde darunter noch leiden müssen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

kleiden und Waschen; b) für die Arbeiter über Tage: die reine Arbeitszeit von acht Stunden, allgemeine Pausen verlängern also diese um die Zeitdauer der Pausen.

II. Lohnsätze.

3. a) Allen Arbeitern, die in der Kohlenförderung im Tagebau beschäftigt werden, wird vom 1. Januar 1919 ab ein Mindestlohn für die achttündige Schicht im Durchschnitt der Lohnperiode gewährleistet.

4. Allen Arbeitern im Schichtlohn werden folgende Lohnsätze zugestanden:

a) Tiefbaubetriebe. Bauer beim Grubenabbau 11,20 Mark, Förderleute beim Grubenabbau 11,00 Mark, Anschläger und Förderleute bei Ketten- und Seilbahnen 10,00 bis 11,00 Mark.

b) Betriebe über Tage: Am Abraum, Vaggefführer, gepülpte Lokomotivführer und Schichtmeister ein Wochenlohn von 80,00 Mark.

c) Allgemein, (also für Tiefbau und alle Betriebe über Tage). Gelehrte Handwerker 10,00—12,00 Mark, gelernter Handwerker mit besonderer Leistung und Verantwortung 13,00 Mark.

d) Alle Feuerungsanlagen oder sonstige Lohnsätze kommen in Fortfall. Soweit für einzelne Kategorien bisher höhere Löhne gezahlt wurden, bleiben diese bestehen.

Der Uebereinkunft zwischen den Werkverwaltungen und Arbeiterausschüssen unterliegen: 1. die Einreihung nicht genannter Arbeiterkategorien in die einzelnen Lohnklassen; 2. die Festsetzung des Lohnes für Arbeiter aus Lohnkategorien, für die Lohnspannen festgelegt sind.

Die Revolutionserfolge sind in Gefahr, wenn nicht jeder einzelne produktive Arbeiter leistet. Arbeit ist jetzt die Parole!

Die Sozialisierung der Betriebe soll — muß in eurem Interesse durchgeführt werden. Sie kann nicht gelingen, wenn ihre Rentabilität, ja ihre Existenz in Frage gestellt wird.

Soll unser Wirtschaftsleben wieder gerunden, so müssen wir mehr arbeiten — wir arbeiten heute weniger. Wir müssen billiger arbeiten — wir arbeiten teurer.

Jeder Arbeiter trägt heute eine riesenhafte Verantwortung. Nur Arbeit kann uns retten, sonst brechen wir zusammen!

Wir können so allerdings dem Kapitalismus im eigenen Lande den Garaus machen. Denkt ihr aber auch daran, daß ihr selbst dabei verarmt, eure Kinder und Kindeskinde darunter noch leiden müssen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

berichten müssen für das alte System, d. h. gegen euch selbst. Jetzt leidet die Arbeit, die zur Durchführung der sozialistischen Republik notwendig ist, um euer selbst willen! Eure Kinder und Kindeskinde werden dann das Pflanz der Gerechtigkeit bewohnen, das wir erschaffen und nur so ihnen schenken können.

Folgen der planlosen Sozialisierung.

Sozialisierung ist das Schlagwort, von dem man gegenwärtig das größte Getöse für die größte Zahl erhofft. Was bei einer ohne Plan und Voraussicht vorgenommenen Sozialisierung herauskommt, dafür liefert aber Rußland ein abschließendes Beispiel.

Nach offiziellen Berichten der russischen Sowjetregierung sind bis zum November 1918 im ganzen 513 industrielle Unternehmungen sozialisiert worden. Die sozialisierten Unternehmungen betragen dem Staat nur Verluste.

Die Produktion ist so umgestaltet, daß ihr das Wohl der Gesellschaft, des ganzen Volkes, zur Aufgabe dient. Zum Sozialisieren genügt nicht, daß man die Produkte anders verteilt, sondern auch, daß ihre Wirkung erhöht werden.

Wir sind durchaus nicht geneigt, leistungsfähige Experimente mit der deutschen Volkswirtschaft zu machen, und darum tritt uns die Kritik der Bürger, es gar nicht, die uns solche Reklame vorwirft.

Keine bürgerliche Partei kann sich von kapitalistischen Einflüssen frei halten, nur die Sozialdemokratie kann dies, weil sie von Hause aus eine anti-kapitalistische Arbeiterpartei ist.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Abkommen mit dem Magdeburger Braunkohlenbergbauverein.

Zwischen den unterzeichneten Verbänden ist am 10. Januar 1919 unter Aufhebung des Lohnabkommens vom 12. Dezember 1918 das folgende Abkommen getroffen worden, das sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer Gültigkeit hat.

1. Die achttündige Arbeitszeit ist vom 1. Januar 1919 ab in allen Betrieben durchzuführen. Als achttündige Arbeitszeit gilt: 2. a) für die Arbeiter unter Tage, wozu auch die in der Kohlenförderung beschäftigten Tagebauarbeiter gehören, die Zeit vom Beginn der Erftarbeit bis zum Ende der Ausfahrt einschließl. einer halbstündigen Frühstückspause, aber ausschließl. Um-

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Arbeit zur Durchführung der sozialistischen Republik!

Der A. u. E.-Rat in Freiburg im Breisgau erläßt folgenden Mahnruf: Die Revolutionserfolge sind in Gefahr, wenn nicht jeder einzelne produktive Arbeiter leistet.

Die Sozialisierung der Betriebe soll — muß in eurem Interesse durchgeführt werden. Sie kann nicht gelingen, wenn ihre Rentabilität, ja ihre Existenz in Frage gestellt wird.

Soll unser Wirtschaftsleben wieder gerunden, so müssen wir mehr arbeiten — wir arbeiten heute weniger. Wir müssen billiger arbeiten — wir arbeiten teurer.

Jeder Arbeiter trägt heute eine riesenhafte Verantwortung. Nur Arbeit kann uns retten, sonst brechen wir zusammen!

Wir können so allerdings dem Kapitalismus im eigenen Lande den Garaus machen. Denkt ihr aber auch daran, daß ihr selbst dabei verarmt, eure Kinder und Kindeskinde darunter noch leiden müssen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Wir können hier sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergeschaffter Betriebe verstaatlichen, sondern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und beschlagnahmen?

Unsere Feinde und die Sozialisierung.

Unsere Feinde haben deutlich erklärt, daß sie deutsches Privatvermögen nicht, Staatsvermögen aber als Pfand für ihre Forderungen ansehen. Die bürgerliche Presse hat denn auch ihrer Zuneigung mit den planlosen Sozialisierungsbeschreibungen unverschämten Ausdruck gegeben.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Wir betrachten auf die politische Seite, das gesuchte Klassenbewußtsein der Arbeiter, wenn wir ihnen sagen, daß das alles so leicht nicht ist. Wir fordern sie auf, diese schwierigen Dinge mit uns durchzudenken und zur Ausführung zu bringen.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Erwerbslosenfürsorge (Kautsky) erläßt am 9. Januar 1919 eine sofort in Kraft tretende Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, welche besagt:

1. Alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureau's und Verwaltungen sind verpflichtet, auf je hundert insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Erwerbslosenfürsorge (Kautsky) erläßt am 9. Januar 1919 eine sofort in Kraft tretende Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, welche besagt:

bezeichneten Stelle anzumelden, welche geeignete Personen mit tunlichster Beschleunigung nachweist.

§ 2.

Ueber das Maß des § 1 hinaus sollen etwa noch vorhandene Arbeitsplätze, die für die Beschäftigung Schwerbeschädigter geeignet sind, mit Schwerbeschädigten besetzt werden...

Die Arbeitsnachweise sind verpflichtet, solche ihnen bekannten Arbeitsstellen den Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu benennen.

§ 3.

Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung sind alle Personen, die auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 wegen einer Dienstbeschädigung eine Vorkategorie von 50 oder mehr vom Hundert der Vorkategorie besitzen...

- a) Personen, die auf Grund des § 35 des Offizierpensionsgesetzes vom 31. Mai 1906 infolge einer durch den Krieg herbeigeführten Dienstbeschädigung eine Pension beziehen...
b) die nicht unter a fallenden, im Offizierpensionsgesetz vom 31. Mai 1906 benannten Personen...
c) Personen, die auf Grund der reichsrechtlichen Unfallversicherung oder entsprechender landesrechtlicher Vorschriften eine Unfallrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vorkategorie...

Die im Abs. 2 dieser Verordnung bezeichneten Personen, welche Anspruch auf Beschäftigung nach dieser Verordnung erheben, haben sich unter Vorlegung eines amtlichen Zeugnisses, aus dem die Art der Dienstbeschädigung, der dadurch hervorgerufene Zustand und sein Einfluß auf den Gebrauch der geistigen und körperlichen Kräfte hervorgeht, bei dem Versorgungsamt des für ihren Wohnort zuständigen Generalkommandos zu melden...

§ 4.

Die Durchführung der Vorschriften über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (§§ 1, 2) ist im Verhältnis zum Hauptleistungsgewinn, dem Umsatz und der Produktion der in dem Betrieb, in welchem die Beschäftigten tätig sind, bestehenden Unternehmungen, die von der Reichsregierung oder einer öffentlichen Körperschaft betrieben werden...

§ 5.

Schwerbeschädigte dürfen nur nach Zustimmung der bestehenden Arbeitsgemeinschaften und nur unter Zustimmung der zuständigen Dienststellen in den Dienst aufgenommen werden...

Diese Vorschriften gelten auch für Betriebe, die von der Reichsregierung oder einer öffentlichen Körperschaft betrieben werden...

Das Recht zur sofortigen Entlassung oder zum sofortigen Austritt des Arbeitnehmers aus einem durch Gesetz anerkannten niedrigen Grade bleibt unberührt.

§ 6.

Private Arbeitgeber, die sich der Verpflichtung nach § 1 in schuldhafter Weise entziehen, können von dem im § 15 der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und Zulassung von Arbeitsverträgen vom 22. Dezember 1918 bestimmten Befristungs- und Ausschluss für jeden einzelnen Fall mit einer Woche bis zu sechs Wochen bestraft werden...

Ausführungsvorschrift zur Verordnung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht am 4. Februar eine Ausführungsvorschrift, wonach die Verpflichtung der Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, betreffend die Einstellung der Kriegsteilnehmer, auch die Rechtsnachfolger der früheren Arbeitgeber und die in den Betrieben tätigen Personen trifft...

Verordnung über Arbeitsbeschäftigung von Militärpersonen.

Unter diesem Titel verbietet das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung Arbeitgebern, Militärpersonen ohne ausdrückliche Erlaubnis der zuständigen Militärbehörden in ihren Betrieben zu beschäftigen...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Konferenz der Verbandsvorstände.

Am 1. und 2. Februar tagte in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände. Aus den eingehenden Mitteilungen und Beschlüssen sei hervorgehoben:

Für die besetzten ländlichen Gebiete soll versucht werden, auf dem Wege über bestimmte Sammelstellen den Gewerkschaftsblättern Eingang zu verschaffen. Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden die Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden...

In der deutschen Liga für den Weltkrieg hat die deutsche Liga für die sozialpolitische Abklärung übernommen. Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden...

Dem ersten Punkt der Tagesordnung "Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit" befristet Legten zunächst Versuche zur Ausdehnung und Verwirklichung der Gewerkschaften wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Reue von Ortsverbänden durch fremde Eingriffe erzwingen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen...

Betriebsräte ungenügend zusammenstellen können, ab, weil die in englischer Fühlung mit den Gewerkschaften stehenden Baustellenbelegten vorzuziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwächung der Einigkeit der Arbeiter durch die Gewerkschaften, die vielfach wichtigen Elemente möglicherweise für die Gewerkschaften nutzbar zu machen...

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, solche ihnen bekannten Arbeitsstellen den Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu benennen. Die im Abs. 2 dieser Verordnung bezeichneten Personen, welche Anspruch auf Beschäftigung nach dieser Verordnung erheben, haben sich unter Vorlegung eines amtlichen Zeugnisses, aus dem die Art der Dienstbeschädigung, der dadurch hervorgerufene Zustand und sein Einfluß auf den Gebrauch der geistigen und körperlichen Kräfte hervorgeht, bei dem Versorgungsamt des für ihren Wohnort zuständigen Generalkommandos zu melden...

Die Durchführung der Vorschriften über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (§§ 1, 2) ist im Verhältnis zum Hauptleistungsgewinn, dem Umsatz und der Produktion der in dem Betrieb, in welchem die Beschäftigten tätig sind, bestehenden Unternehmungen, die von der Reichsregierung oder einer öffentlichen Körperschaft betrieben werden...

Schwerbeschädigte dürfen nur nach Zustimmung der bestehenden Arbeitsgemeinschaften und nur unter Zustimmung der zuständigen Dienststellen in den Dienst aufgenommen werden...

Private Arbeitgeber, die sich der Verpflichtung nach § 1 in schuldhafter Weise entziehen, können von dem im § 15 der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und Zulassung von Arbeitsverträgen vom 22. Dezember 1918 bestimmten Befristungs- und Ausschluss für jeden einzelnen Fall mit einer Woche bis zu sechs Wochen bestraft werden...

Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener.

Eine Vorkonferenz der freien Gewerkschaften nahm am 1. Febr. folgende Entschlüsse an: Die Konferenz der freien Gewerkschaften erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft Deutschlands Einspruch gegen die von der Reichsregierung des Verwehrens der deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden...

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

Wird von der Generalkommission, einem Beschlusse der Vorkonferenz vom 2. Februar entsprechend, auf Montag den 30. Juni 1919, nach Nürnberg einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und dem Bericht der Generalkommission nach folgende Tagesordnungspunkte: Beratung vorliegender Anträge; die Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands; Beratung des Organisationsplans des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands; die Sozialpolitik der Industrie und der Landwirtschaft...

Internationale Rundschau.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Die schon oft angekündigte Internationale Sozialistenkonferenz wurde endlich am 3. Februar 1919 in Bern eröffnet. Die Teilnehmer waren 80 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Ostpreußen, Ostgalizien, Tschechien, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Island, Estland, Letland, Bulgarien usw. Erwartet werden auch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Serbien und Japan...

den Besetzten muß als einzige dauerhafte Grundlage gelten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Waffen hat es untereinander, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatengemeinschaft und der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine Revolution herbeizuführen und hat statt des Rechts des Einzelnen einfach das Recht aller proklamiert. Die Parole steht im Mittelpunkt der herrschenden Mächte geworden ist, so kann auch Bern als Sammelpunkt der Arbeiterklasse gelten...

Was die territorialen Fragen, die die Welt beunruhigen, anbetrifft, so ist auch hier im Rahmen der Richtlinien, die die Arbeiter aufgestellt haben, ein Vergleich ohne Vorteil möglich. Wilson hat auf Grund seiner 14 Punkte Vorschläge gemacht, die Welt und Provinzen von Oberherrlichkeit zu Demokratie verschaffen werden können...

Der weitere Verlauf der Verhandlungen stellt sich in versöhnlichem Sinne, so daß wohl eine Verständigung in den grundlegenden Fragen erfolgen wird. Die Verhandlungen sind in der Zwischenzeit durch die internationale Sozialistenkonferenz auch eine internationale Sozialistenkonferenz. Diese wurde am 3. Februar in Bern eröffnet...

Internationale Sozialistenkonferenz.

Die schon oft angekündigte Internationale Sozialistenkonferenz wurde endlich am 3. Februar 1919 in Bern eröffnet. Die Teilnehmer waren 80 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Ostpreußen, Ostgalizien, Tschechien, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Island, Estland, Letland, Bulgarien usw. Erwartet werden auch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Serbien und Japan...

Warnung vor dem Bolschewismus.

Im "Bourgeois" vom 20. Dezember 1918 wurde folgender Warnruf veröffentlicht: Als vor zwei Jahren in Russland die große Umwälzung sich vollzog, waren bereits Tausende von Millionen Russen von der Hoffnung erfüllt...

Warnung vor dem Bolschewismus.

Als vor zwei Jahren in Russland die große Umwälzung sich vollzog, waren bereits Tausende von Millionen Russen von der Hoffnung erfüllt, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen...

Warnung vor dem Bolschewismus.

Als vor zwei Jahren in Russland die große Umwälzung sich vollzog, waren bereits Tausende von Millionen Russen von der Hoffnung erfüllt, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen...

Warnung vor dem Bolschewismus.

Als vor zwei Jahren in Russland die große Umwälzung sich vollzog, waren bereits Tausende von Millionen Russen von der Hoffnung erfüllt, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen...

Warnung vor dem Bolschewismus.

Als vor zwei Jahren in Russland die große Umwälzung sich vollzog, waren bereits Tausende von Millionen Russen von der Hoffnung erfüllt, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen, die Freiheit zu erlangen...

Soldaten, Arbeiter, Bürger! Unser aller Wohl, die Zukunft unseres Vaterlandes...

heit der Freiheit bedroht werden, wie es hier geschieht. Wer so etwas behauptet...

Die Bergarbeiter sind aber hieraus, wohin die Reise geht. Es ist notwendig...

In einer Zahlreiche von uns unsern Verband in S. D. S. haben unsere Verbandmitglieder ebenfalls gegen die angeführten Verunglimpfungen...

Zur Steuer der Wahrheit.

Einige Kameraden haben in einer am 2. Februar stattgefundenen Delegiertenversammlung...

Die Tagung war von Beginn an eine Delegiertenversammlung der Information vorgekommen worden. Die gewählten Kameraden wurden bei der Essener Kommission beteiligt...

Gegen den Spartakus-Terror im Hamborner Bezirk.

wandten sich unsere Verbandmitglieder Ende Januar 1919 mit folgendem Flugblatt:

Kameraden! Wollt ihr den Terror einzelner Leute weiter ausbreiten? Wollt ihr dieser Streikkommission weiter Gehör schenken...

Kameraden! Verteilt der Streikkommission die Gefolgschaft und laßt euch von diesen Personen nicht mehr von der Arbeit abhalten.

Kameraden! Haltet fest an den bestehenden Organisationen! Trachtet unter keinen Umständen der 'Freien Vereinigung' beizutreten!

Stellung der Grubenbeamten zur Sozialisierung.

In einer am 2. Februar 1919 von mehr als 200 Vertrauensmännern der im Bund technisch-industrieller Beamten organisierten technischen Grubenbeamten...

1. Der Bund hält die Sozialisierung (Verstaatlichung) des Bergbaus für notwendig und vertritt darunter seine Überführung aus dem Privatbesitz in den Gemeinbesitz.

2. Diese Sozialisierung kann nur auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden; der Bund verzichtet daher alle wilden Sozialisierungsversuche...

3. Das von den U. und S.-Klassen eingeführte Rätesystem ist Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Interessenten.

4. Zwei Bedingungen müssen aber unter allen Umständen erfüllt sein: erstens die Bekehrung der Beamten zum Staat...

5. In dem Sinne der obigen Ausführungen erkennen die Bundesmitglieder bei allen Streikigkeiten zwischen den Bechenderwaltungen und der Arbeiterchaft eine neutrale Haltung ein.

haltung zur Arbeiterschaft ab; diese soll auf gegenseitigem Vertrauen beruhen und etwaige Differenzen auf dem Wege der Verständigung gelöst werden.

Nach diesen Richtlinien und ihren Voraussetzungen sind sich die Grubenbeamten über das Wesen der Sozialisierung noch nicht richtig klar geworden...

Trost und Kohlennot.

Der anhaltende Frost steigert den Kohlenbedarf und bringt daher ergehen die Notruie an die Bergarbeiter, doch reißlos zu arbeiten...

„Brüder! Unsere Kinder, Kranken und Verwundeten erstickt ihr Verwirrt sie zum Tode! Tret ein unser Vaterland und unser Arbeiter- und Soldatenrat Kolberg.“

Aus allen Gegenden Deutschlands erhält der Vorstand unseres Verbandes Aufträge, doch dahin zu wirken, daß von den Bergarbeitern nicht gestreikt werde...

Der Vorstand unseres Verbandes hat sich auch schon an die Eisenbahndirektion in Essen deshalb gewandt. Diese gibt zu dem Wagenausgleich eine Erklärung ab...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 7. Woche (vom 9. bis 15. Februar 1919) fällig.

Betrifft Rückforderung der Mitgliedsbücher an die vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder.

Bei der Rückforderung der Mitgliedsbücher der vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder muß angegeben werden, welcher Jahrgang dieselben bei ihrer Einberufung angehört...

Bluterevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisionen die Arbeit zu erleichtern.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Gr. IV. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden letzten Sonntag im Monat von 11 bis 12 Uhr...

Gr. V. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt bei dem Kassierer Robert Bistri, Bodumer Weg 104.

Gr. VI. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt jeden ersten und dritten Sonntag im Monat beim Kassierer Herrn. Saitz, Bredeffstraße 18.

Abtreibenveränderungen.

Gr. I. Vertrauensmann: Christl. Franzgrabe, Bodumer Weg 24; Kassierer: Robert Bistri, Bodumer Weg 104.

Die Bergarbeiter

von Otto Sue (2 Bände 8 Mk.) sind noch von uns zu beziehen. O. Danzmann & Co., Bochum i. W., Wilmshäuser Straße 12.